



Landratsamt Fürth
Amtsperiode 2020/2026

Niederschrift über die öffentliche 5. Sitzung des Kreisausschusses

Sitzungsdatum: Montag, 17.05.2021
Beginn: 08:30 Uhr
Ende: 09:27 Uhr
Ort: Landratsamt Fürth, Stresemannplatz 11, Sitzungssaal

ANWESENHEITSLISTE

Vorsitzender

Landrat Dießl, Matthias

Ausschussmitglieder

Kreisrat Biegel, Friedrich
Kreisrat Bischoff, Michael
Kreisrat Gegner, Rainer, 1. Bürgermeister Vertretung für Herrn Thomas Zwingel
Kreisrat Habel, Jürgen, 1. Bürgermeister
Kreisrat Höfer, Bertram, 2. Bürgermeister Vertretung für Frau Adelheid Seifert
Kreisrat Höftmann, André Vertretung für Herrn Norbert Schikora
Kreisrätin Huber, Birgit, 1. Bürgermeisterin
Kreisrat Löbel, Christian
Kreisrätin Löschner, Isabell, Dr.
Kreisrat Obst, Bernd, 1. Bürgermeister
Kreisrat Pleyer, Claus-Georg
Kreisrat Reuther, Christoph Vertretung für Herrn Marco Kistner

Schriftführer/in

Greger, Yvonne Verwaltungsangestellte

Verwaltung

Ell, Christian Verwaltungsfachwirt
Kohler, Martin Verwaltungsamtsrat
Müller, Andrea Verwaltungsfachangestellte
Rögner, Lea, Auszubildende
Thirmeyer, Stephan Regierungsrat

Abwesende und entschuldigte Personen:

Ausschussmitglieder

Kreisrat Kistner, Marco, 1. Bürgermeister
Kreisrat Schikora, Norbert, 2. Bürgermeister
Kreisrätin Seifert, Adelheid
Kreisrat Zwingel, Thomas, 1. Bürgermeister

TAGESORDNUNG

Öffentliche Sitzung

- | | | |
|------------|---|-------------------|
| 1 | Genehmigung der Niederschrift über die 3. öffentliche Sitzung des Kreisausschusses am 18.01.2021 und Veröffentlichung der Niederschrift auf der Landkreishomepage | |
| 2 | Mitteilungen | |
| 2.1 | Sitzungstermine der Kreisgremien | 037/2021 |
| 2.2 | Benennung der Vorsitzenden der Kreistagsfraktion CSU und deren Stellvertreter | 057/2021 |
| 2.3 | Suche nach einem Endlager für hoch radioaktive Abfälle in Deutschland | 045/2021 |
| 3 | Mitgliedschaft einer Mitarbeiterin der Jugendhilfe im Strafverfahren bei DVJJ | 038/2021/1 |
| 4 | Benennung der Kreistagsmitglieder der Steuerungsgruppe – Global Nachhaltige Kommune | 046/2021/1 |
| 5 | Teilnahme am Klimaschutzfonds der Europäischen Metropolregion Nürnberg | 035/2021/1 |
| 6 | Liquiditätssicherung: Anlageentscheidung | 055/2021 |
| 7 | Liquiditätssicherung;
Grundsatzbeschluss für Geldanlagen | 056/2021 |
| 8 | Antrag Fraktion Die Linke/ÖDP vom 30.04.2021; Bio-Verpflegung an Landkreisschulen und Einrichtungen | 058/2021 |
| 9 | Antrag Fraktion Die Linke/ÖDP vom 30.04.2021; Informationsfreiheitssatzung für den Landkreis Fürth | 060/2021 |
| 10 | Anfragen | |

Landrat Matthias Dießl eröffnet um 08:30 Uhr die 5. Sitzung des Kreisausschusses. Er begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Kreisausschusses fest. Gegen die Tagesordnung bestehen keine Einwendungen.

Öffentliche Sitzung

TOP 1	Genehmigung der Niederschrift über die 3. öffentliche Sitzung des Kreisausschusses am 18.01.2021 und Veröffentlichung der Niederschrift auf der Landkreishomepage
--------------	--

Gegen die Niederschrift über die 3. öffentliche Sitzung des Kreisausschusses am 18.01.2021 und die Veröffentlichung der Niederschrift auf der Landkreishomepage bestehen keine Einwendungen.

Einstimmig beschlossen Ja 11 Nein 0

TOP 2	Mitteilungen
TOP 2.1	Sitzungstermine der Kreisgremien

Der Kreisausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 2.2	Benennung der Vorsitzenden der Kreistagsfraktion CSU und deren Stellvertreter
----------------	--

Der Kreisausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 2.3	Suche nach einem Endlager für hoch radioaktive Abfälle in Deutschland
----------------	--

Der Kreisausschuss nimmt Kenntnis.

Kreisrätin Dr. Isabell Löschner (B'90/Die Grünen) möchte wissen, ob es derzeit schon potentielle Standorte für ein neues Endlager in der Nähe gebe, die bekannt seien.

Der **Vorsitzende** antwortet, nach dem jetzigen Stand seien 50 Prozent der Fläche potentielle Standorte. Der Landkreis Fürth sei in den Teilgebieten 9 und 13 komplett enthalten.

TOP 3	Mitgliedschaft einer Mitarbeiterin der Jugendhilfe im Strafverfahren bei DVJJ
--------------	--

8:39 Uhr Kreisrätin Birgit Huber kommt zur Sitzung

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Mitgliedschaft beim DVJJ für eine im Arbeitsbereich „Jugendhilfe im Strafverfahren“ tätige Person zu veranlassen und die Kosten hierfür zu tragen.

Einstimmig beschlossen Ja 12 Nein 0

TOP 4 Benennung der Kreistagsmitglieder der Steuerungsgruppe – Global Nachhaltige Kommune

Beschluss:

Der Kreisausschuss benennt die oben aufgeführten Kreistagsvertreter als Mitglieder für die Steuerungsgruppe.

Einstimmig beschlossen Ja 12 Nein 0

TOP 5 Teilnahme am Klimaschutzfonds der Europäischen Metropolregion Nürnberg

Kreisrätin Dr. Isabell Löschner (B´90/Die Grünen) erklärt, die Fraktion unterstütze die Mitgliedschaft des Landkreises im Fonds für Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung der Europäischen Metropolregion. Allerdings wirke die Zielsetzung, die CO2-Emissionen bis 2050 maximal um 95 Prozent zu reduzieren, veraltet. Man wünsche sich hier, dass der Landkreis auf ambitioniertere Klimaziele hinwirke.

Der **Vorsitzende** verweist auf den 2018 beschlossenen Klimapakt der Metropolregion als Gesamtfahrplan. Man dürfe an dieser Stelle nicht vergessen, dass die regionalen Möglichkeiten sehr begrenzt seien. Die klimaschutzrechtlichen Rahmenvorgaben mache der Bund und das Land. Die Bundesregierung habe ihren Klimafahrplan nochmal enger gefasst und die Klimaziele erhöht.

Beschluss:

Der Landkreis Fürth wird ordentliches und stimmberechtigtes Mitglied im *Fonds für Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung der Europäischen Metropolregion Nürnberg e.V.*

Einstimmig beschlossen Ja 12 Nein 0

TOP 6 Liquiditätssicherung: Anlageentscheidung

Beschluss:

Der Kreisausschuss beauftragt die Verwaltung, einen Betrag in Höhe von 1,5 Mio. Euro in der Festzinsanleihe Nachhaltigkeit der LBBW für 7 Jahre zu einem Zinssatz von 0,230 % anzulegen.

Einstimmig beschlossen Ja 12 Nein 0

**TOP 7 Liquiditätssicherung;
Grundsatzbeschluss für Geldanlagen**

Kreisrat Michael Bischoff (SPD) findet es im Prinzip in Ordnung, die Kriterien für Geldanlagen schmal und pragmatisch zu halten. Er fragt, ob dies bei anderen Gebietskörperschaften auch so geregelt sei.

Für nachhaltige Geldanlagen sieht Kreisrat Bischoff eine weitere Anlagemöglichkeit bei Genossenschaftsbanken. Wenn aber der Landkreis nur Anlageformen wählen dürfe, die sich im Haftungsverband der Sparkassen Finanzgruppe befinden, würde das auch Genossenschaftsbanken ausschließen, obwohl diese ebenfalls einem Haftungsverband angehören.

Der **Vorsitzende** erwidert, dem Landkreis gehe es nicht um eine renditeorientierte Geldanlage. Der Fokus sei darauf gerichtet, Kosten zu vermeiden, kombiniert mit einem sinnvollen Liquiditätsmanagement. Mit dem Grundsatzbeschluss könne die Verwaltung künftig flexibler agieren und Anlagemöglichkeiten auch kurzfristig nutzen.

Zur Anlageform im Haftungsverbund der Sparkassen Finanzgruppe führt er aus, dass die bisher getätigten Geldanlagen von der Regierung geprüft wurden und die Haftung für alle Geldanlagen, die sich im Verbund der Sparkassen Finanzgruppe befinden, weitestgehend ausgeschlossen werden kann, da die Sparkassen bei eventuellen Ausfällen gegenseitig für Schäden aufkommen würden. Dies bedeute aber nicht, dass keine Geldanlagen bei einer Genossenschaft möglich sind. Hierfür benötige die Verwaltung dann aber einen separaten Beschluss.

8:49 Uhr Kreisrat Claus-Georg Pleyer kommt zur Sitzung

Kreisrat André Höftmann (B'90/Die Grünen) möchte wissen, inwieweit die ESG-Kriterien bei diesem Grundsatzbeschluss berücksichtigt werden können und in welcher Höhe Einzeleinlagen im Haftungsverbund der Sparkassen Finanzgruppe abgesichert sind.

Der **Vorsitzende** antwortet, der Haftungsverbund der Sparkassen Finanzgruppe sei ein institutsbezogener Haftungsverbund und decke die gesamte Gruppe. Es gebe keine Deckelung der Haftung. Die Sparkassen würden sich gegenseitig absichern.

Er rät ab, die ESG-Kriterien in den Grundsatzbeschluss aufzunehmen. Damit würde man die Anlagemöglichkeiten zu sehr einengen. Das Gremium könne mitnehmen, dass der Landkreis Nachhaltigkeit bereits heute sehr stark lebe und im Blick habe. Wenn sich Möglichkeiten einer Geldanlage bieten, die ESG-Kriterien berücksichtigen, werde sich die Verwaltung für diese Anlageform bevorzugt entscheiden.

Beschluss:

Der Kreisausschuss ermächtigt die Verwaltung zur Reduzierung von Verwarentgeltzahlungen geeignete Anlagen unter den genannten Bedingungen abschließen zu dürfen.

Einstimmig beschlossen Ja 13 Nein 0

TOP 8	Antrag Fraktion Die Linke/ÖDP vom 30.04.2021; Bio-Verpflegung an Landkreisschulen und Einrichtungen
--------------	--

Fraktionsvorsitzender Christian Löbel (Die Linke/ÖDP) begründet den Antrag der Fraktion mit dem Beschluss des Landtags, die Zielmarke für ökologischen Landbau in Bayern von 30 Prozent zu erreichen. Kommunen und Kreise könnten maßgeblich zur Umsetzung beitragen. Es sei Anliegen der Fraktion, eine gesunde und nachhaltige Verpflegung für junge Menschen und die Mitarbeiter/innen der Einrichtungen anzubieten, die ökologische verträglich und sozial gerecht ist.

Beschluss:

Vor dem Hintergrund der Teilnahme als Modellregion im Projekt Regionale Gemeinschaftsverpflegung wird die grundsätzliche Zielsetzung des Antrags bereits praktikabel verfolgt. Vor diesem Hintergrund wird der Antrag der Fraktion „Die Linke/ÖDP“ zur Bio-Verpflegung an Landkreisschulen und Einrichtungen vom 30.04.2021 abgelehnt bzw. ist erledigt.

Mehrheitlich beschlossen Ja 10 Nein 3

Fraktionsvorsitzender Christian Löbel (Die Linke/ÖDP) begründet den Antrag der Fraktion mit mehr Transparenz von Verwaltungshandeln. Man sei überzeugt, dass klare und transparente Kommunikation nach außen Vertrauen schaffe. Er weist daraufhin, dass die Mustersatzung nur Inspiration und Grundlage für eine Informationsfreiheitsatzung des Landkreises sein soll.

Der **Vorsitzende** informiert, dass der Landkreis die Inhalte der Mustersatzung bereits heute schon weitestgehend erfülle, zum einen über das Bürgerinfoportal und zum anderen über die Homepage des Landkreises, einschließlich der umfassenden Veröffentlichung des Kreishaushalts. Der Datenschutzbeauftragte erhalte regelmäßig Anfragen, die von ihm bearbeitet und beantwortet werden. Er verweist auf die Nominierungen der DSGVO und dass erhebliche Teile der Mustersatzung veraltet sind. Seit Inkrafttreten der DSGVO im Jahr 2018 habe nur noch eine Kommune eine Informationsfreiheitsatzung beschlossen. Abschließend verweist er auf die erheblichen rechtlichen Bedenken.

Kreisrat Claus-Georg Pleyer (AFD) erklärt, seine Fraktion unterstütze Transparenz. Die Beschlussvorlage der Verwaltung zeige, warum eine Informationsfreiheitsatzung nicht zielführend sei. Er verweist auf eine Anfrage der AFD zu nichtöffentlichen Sitzungen im Bürgerinfoportal. Es sei immer noch unklar, welche Beratungsunterlagen den Bürger/innen im Internet zur Einsicht zur Verfügung stehen.

Der **Vorsitzende** erklärt, dass alle Beschlüsse, bei denen die Nichtöffentlichkeit durch Beschluss inzwischen aufgehoben wurde, erst im Bürgerinfoportal veröffentlicht werden, sobald die Niederschrift genehmigt ist. Dadurch komme es zu einer gewissen Verzögerung. Veröffentlicht werde lediglich der gefasste Beschluss, nicht der Sachverhalt und die Niederschrift. Die Verwaltung werde Begriffe und Auffindbarkeit prüfen, um die Übersichtlichkeit der Website zu verbessern.

Kreisrat Michael Bischoff (SPD) bezeichnet die beiden Antragstellungen als „allgemeine höchst aufwendige Angelegenheit“, die eventuell den konkreten Zweck nicht erfüllt. Er bittet die Fraktion, künftig vor der Antragstellung in Gesprächen zu klären, wo konkret Verbesserungsbedarf besteht, um eine situationsbezogene Lösung zu finden.

Kreisrat André Höftmann (B'90/Die Grünen) macht deutlich, dass seine Fraktion eine rechtskonforme Informationsfreiheitsatzung für den Landkreis Fürth für sinnvoll halte und daher den Antrag begrüße.

Der **Vorsitzende** sieht in einer Informationsfreiheitsatzung mehr Bürokratie und mehr Rechtsrisiken. Wichtig sei die tatsächliche Information der Bürger, was der Landkreis bereits heute schon gewährleiste.

Zur angesprochenen Freiwilligkeit ergänzt **Stephan Thirmeyer** (Kommunales, Soziale Angelegenheiten, Gesundheitsförderung, Jugend und Familie), dass in Art. 39 BayDSG ein allgemeines Auskunftsrecht erstmalig nominiert wurde. Dies sei eine einheitliche Rechtsform, auf deren Grundlage die Verwaltung Anfragen beantworte.

Kreisrat Friedrich Biegel (FW) ist der Meinung, dass der Antrag abzulehnen sei. Nutzen und Aufwand der Verwaltung einschließlich der juristischen Folgen, stünden in keinem Verhältnis.

Kreisrat Michael Bischoff verweist darauf, dass weite Bereiche des Landratsamtes aufgrund schutzwürdiger Daten einem Auskunftsersuchen der Bürger nicht zugänglich seien. Durch eine solche Satzung werde dem Bürger ein umfängliches Auskunftsrecht suggeriert, das tatsächlich aufgrund von gesetzlichen Einschränkungen schlichtweg nicht bestehe.

Kreisrat Bernd Obst (CSU) fragt nach, ob der Antragsteller von der Bürgerschaft angesprochen wurde, dass das Landratsamtes intransparent arbeite. Bei Anträgen ohne konkrete Anlässe und praktische Relevanz werde er künftig einen Antrag zur Geschäftsordnung stellen.

Kreisrat Christian Löbel erwidert, der Antrag sei kein Misstrauensvotum gegenüber der Verwaltung, sondern der Versuch, eine klare transparente Regelung mit Anspruch auf Transparenz zu stärken über die DSGVO hinaus. Seine Fraktion bleibe bei ihrem Standpunkt und halte den Antrag für ein berechtigtes Begehren.

Beschluss:

Der Antrag der Fraktion „Die Linke/ÖDP“ zur Erarbeitung eines Entwurfes für eine Informationsfreiheitsatzung für den Landkreis Fürth vom 30.04.2021 wird abgelehnt.

Mehrheitlich beschlossen Ja 10 Nein 3

TOP 10 Anfragen

Kreisrat André Höftmann (B'90/Die Grünen) erkundigt sich, inwieweit die Dienstgebäude des Landratsamtes auf die Nutzung der Luca-App vorbereitet sind und fragt ob den Bürgerinnen und Bürgern der QR-Code zur Verfügung gestellt werde, wenn sie die Gebäude ohne Terminvereinbarung betreten oder beispielsweise Kreistags- und Ausschusssitzungen besuchen. Der **Vorsitzende** antwortet, dass man mit Einführung der Luca-App vorgesehen habe, dass sich Bürgerinnen und Bürger bei Betreten aller Dienstgebäuden freiwillig registrieren können. Es werden zusätzliche Kontaktlisten geführt. Auch wenn Bürgerinnen und Bürger Kreistags- oder Ausschusssitzungen besuchen, werden die Daten von der Verwaltung erfasst.

Landrat Matthias Dießl schließt um 09:27 Uhr die 5. öffentliche Sitzung des Kreisausschusses.

Zirndorf, den 07.06.2021

Matthias Dießl
Landrat

Yvonne Greger
Schriftführer/in